

Umweltbezogene Gerechtigkeit in Deutschland

Umweltschutz ist unverkennbar auch an Fragen sozialer Gerechtigkeit gekoppelt. Denn Umweltbelastungen und Maßnahmen zu ihrer Verringerung haben ganz konkrete und oftmals sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen. Je mehr sich die Umweltkrise weltweit zuspitzt, umso dringlicher wird es, sich mit diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen.

Julia Schlüns

M.A., geb. 1977; Promotionsstipendiatin der Deutschen Bundesstiftung Umwelt an der Universität Greifswald sowie Mitarbeiterin im Berliner Büro des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin.
julia.schluns@wupperinst.org

Diskutiert werden sie hierzulande allerdings bislang meist allein in globaler Hinsicht (Nord-Süd-Res-

sourcengerechtigkeit) oder in Bezug auf zukünftige Generationen (ökologische Generationengerechtigkeit bzw. Nachhaltigkeit). Bezogen auf die nationalen Binnenverhältnisse zeichnet sich noch keine systematische Debatte ab. Zwar sind die sozialen Ungleichheiten in Deutschland im internationalen und historischen Vergleich noch relativ gering, doch werden auch sie mit dem wachsenden ökologischen Problemdruck – sichtbar vor allem am Klimawandel – und vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen Polarisierung immer größer.

Der folgende Beitrag soll – angeregt durch eine in den USA bereits seit drei Jahrzehnten geführte Debatte – einen Überblick darüber bieten, wo und wie sich umweltbezogene Gerechtigkeitsprobleme hierzulande abzeichnen und wie dies bislang thematisiert wird.

Bereits seit den frühen 1980er Jahren wird in den USA über „Environmental Justice“ diskutiert und damit explizit problematisiert, dass Umweltschäden und -maßnahmen vielfach bestimmte Regionen oder Gruppen benachteiligen und deshalb nicht unabhängig neben Fragen sozialer Gerechtigkeit stehen.¹

Ihren Ursprung nahm diese Debatte in dem Aktivismus sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (v. a. Einkommensschwache und Nicht-Weiße), die in der Tradition der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung begannen, für ein gleiches Recht aller Menschen auf eine saubere und nicht gesundheitsgefährdende Umwelt einzutreten. Neben den umfassenderen Begriffen „Environmental Justice“ und „Environmental Equity“ hat sich so auch der stark emotional aufgeladene Begriff „Environmental Racism“ herausgebildet, der die umweltbezogene Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe bezeichnet.

Der Hauptschwerpunkt der Bewegung liegt im Bereich Umwelt und Gesundheit, vor allem hinsichtlich der Arbeits- und Wohnumwelt sowie des Verkehrs. Neben diesen auf das menschliche Zusammenleben bezogenen Umweltbereichen werden in den USA im wissenschaftlichen Diskurs inzwischen jedoch auch Fragen einer gerechten Verteilung von Umwelttrisiken unter allen Lebewesen der Erde aufgegriffen („Ecological Justice“). Ferner finden neben der Anklage negativer Umweltzustände („stopping bads“) zunehmend auch positive Forderungen nach besserer Umweltqualität Raum („promoting goods“).

Auch in anderen industrialisierten wie nichtindustrialisierten Staaten werden zunehmend ähnliche Debatten geführt – jeweils zugeschnitten auf den spezifischen Landeskontext.² Ferner wird auch in globaler Hinsicht auf das Thema rekuriert. Hier wird es vorrangig als Teil des weltweiten Kampfes für Menschenrechte und soziale und ökonomische Gerechtigkeit verstanden und häufig

¹ Vgl. Robert D. Bullard, *The quest for environmental justice. Human rights and the politics of pollution*, San Francisco 2005.

² Vgl. Julian Agyeman u. a., *Just Sustainabilities. Development in an Unequal World*, Cambridge, MA 2003.

verknüpft mit Begriffen wie *grenzüberschreitender Müllhandel*, *Globalisierung*, *Klimagerechtigkeit*, *Umweltrassismus* und *Umweltbewegung der Armen*.¹³

Umweltbezogene Ungleichheiten in Deutschland

In der Bundesrepublik ist zwar von einem anderen Niveau an Ungleichheiten als in den USA oder gar im globalen Maßstab auszugehen, doch auch hier haben Umweltbelastungen und -schutzmaßnahmen vielfach ungleiche soziale Auswirkungen. Nicht jede Ungleichheit ist dabei gleich als ungerecht zu werten, doch werden auch hier zunehmend „umweltbezogene Ungerechtigkeiten“ deutlich.

Der vorliegende Beitrag betrachtet primär die Ebene der einzelnen Bürger und Bürgerinnen und privaten Haushalte. Hier werden Ungleichheiten sowohl im Hinblick auf die unmittelbare Gesundheit als auch auf rein materielle und immaterielle Schäden deutlich.¹⁴ Grundsätzlich werden Umweltprobleme, die in ihrer räumlichen und zeitlichen Reichweite begrenzt und dabei in ihren Wirkungen vergleichsweise gut wahrnehmbar sind (wie Lärmbelästigungen oder verkehrsbedingte Schadstoffhäufungen), zunehmend abgelöst durch diffuse, auf weite Strecken unmerkliche, jedoch hinsichtlich ihrer Gefahren und Belastungen verschärfte Umweltprobleme (wie die Erderwärmung). Aus der Sicht umweltbezogener Gerechtigkeit ist vor allem von Belang, dass sich Letztere in ihrer Wirkungsbreite zwischen Verursacher- und Betroffenenbereichen schwerer zuordnen lassen. Die These aus Ulrich Becks „Risikogesellschaft“, nach der Umweltbelastungen eher gleichmäßig über die verschiedenen Schichten der Gesellschaft verteilt würden, trifft nicht mehr generell zu. Die These hingegen, wonach wohlhabende Schichten größere Möglichkeiten haben, sich den Umweltbelastun-

gen zu entziehen, gewinnt auch für den deutschen Kontext an Plausibilität.

Bereich „Gesundheit“

Umweltbeeinflusste Erkrankungen sind in Deutschland ungleich verteilt. Einerseits werden Menschen häufig unterschiedlich durch negative Umwelteinflüsse (Chemikalien, Lärm...) gesundheitlich belastet, andererseits verfügen sie oft nicht über die gleichen Mittel und Möglichkeiten, solche Belastungen zu bewältigen, etwa durch Erholung in der freien Natur. Während eindeutig toxische Stoffe reduziert worden sind, besteht eine diffuse polytoxische Hintergrundbelastung fort, die sich in medizinisch häufig uneindeutigen Symptomen niederschlägt. Das Spektrum an Erkrankungen, bei denen Umwelteinflüsse eine Rolle spielen können, reicht von psychischen Belastungen und Befindlichkeitsstörungen bis hin zu Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen.¹⁵

Oft hängen Ungleichverteilungen mit Merkmalen der sozialen Schicht, d.h. mit Ausbildung, Berufsstatus und/oder Einkommen zusammen. Personen unterer sozialer Schichten weisen meist eine höhere Krankheitswahrscheinlichkeit und Sterblichkeit auf,¹⁶ was vielfach auch mit Umwelteinflüssen korreliert. So wohnen sozial Schwache häufiger an verkehrsreichen Straßen oder in der Nähe von Industrieanlagen und sind damit Luftschadstoffen (z.B. Feinstaub) und Lärm stärker ausgesetzt. Dies ist nicht selten auch damit verbunden, dass sie in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld weniger Zugang zu Grünflächen haben oder auch an ihrem Arbeitsplatz trotz zahlreicher Schutzbestimmungen oft stärker von negativen Umwelteinflüssen belastet sind.¹⁷

¹³ Vgl. R. D. Bullard (Anm. 1); Joan Martinez-Alier, *The environmentalism of the poor: a study of ecological conflicts and valuation*, Northampton, MA 2002; Wolfgang Sachs, *Ökologie und Menschenrechte*, Wuppertal 2003.

¹⁴ Die getrennte Behandlung der beiden Bereiche dient der Klarheit, soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht selten Belastungen oder Einschränkungen beider Bereiche zusammenfallen.

¹⁵ Vgl. Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Sondergutachten Umwelt und Gesundheit, Stuttgart 1999.

¹⁶ Vgl. Robert-Koch-Institut, *Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes*, Berlin 2006.

¹⁷ Vgl. Joachim Heinrich u.a., *Soziale Ungleichheit und umweltbedingte Erkrankungen in Deutschland*, Landsberg 1998; Gabriele Bolte/Andreas Mielck (Hrsg.), *Umweltgerechtigkeit – Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen*, Weinheim–München 2004; Bita Kolahgar, *Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen und gesundheitlichen Folgen an industriellen Belastungsschwerpunkten in Nordrhein-Westfalen*, Essen 2006.

Tabelle: Umweltbeeinflusste materielle und immaterielle Schäden

Umweltbeeinflusste materielle/immaterielle Schäden		Beispiele	Ursachen
Schäden an Sachgütern und/oder eingeschränkter Zugang zu Umweltgütern und Möglichkeiten, die Umwelt zu nutzen	materiell	Erhöhte (laufende) finanzielle Aufwendungen (z. B. für Energie- und Mobilitätskosten oder zur Anschaffung umweltschonender Geräte), Einkommens- und Vermögensverluste (z. B. Ernteschäden, Wertverlust bei Grundstücken)	Übermäßiger oder schädigender Konsum von Umweltgütern
	immateriell	Verlust an Möglichkeiten, die Umwelt zu nutzen (z. B. Chancen zur Erholung oder Mobilität), Verlust an „Lebensqualität“, soziale Ausgrenzung	s. o.

Quelle: Eigene Darstellung.

Vielfach hängen ungleiche Betroffenheiten jedoch nicht nur mit der sozialen Schicht (vertikale Differenzierung), sondern zudem auch mit Lebenslage, Milieu und Lebensstil (horizontale Differenzierung) zusammen. Vor dem Hintergrund, dass sich die Gesellschaft zunehmend in Kategorien jenseits der klassischen vertikalen Sozialschicht ausdifferenziert (Pluralisierung von Lebensweisen), gewinnen neben Ausbildung, Berufsstatus und Einkommen auch Merkmale wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Partnerschaftsstatus, Wertorientierungen und Lebensweisen immer mehr an Bedeutung („neue Ungleichheiten“). Allergien treten z. B. häufiger in den oberen sozialen Schichten auf, obgleich hier von einer vergleichsweise geringeren Exposition durch Außenluftschadstoffe auszugehen ist – ein Zeichen dafür, dass auch Lebenslage und -stil eine Rolle spielen.¹⁸

„Materielle und immaterielle Schäden“

Vielfach werden Ungleichheiten nicht allein (wie in den USA besonders häufig) am unmittelbaren Gesundheitszustand evident,

¹⁸ Vgl. Horst-Dietrich Elvers, Lebenslage, Umwelt und Gesundheit. Der Einfluss sozialer Faktoren auf die Entstehung von Allergien (Dissertation), Wiesbaden 2005.

sondern auch an rein materiellen oder immateriellen Schäden. Auch hier ist die Vielfalt groß, wie aus obiger Tabelle ersichtlich wird.

Ebenso wie im Gesundheitsbereich sind auch hier zunächst die Menschen unterer sozialer Schichten besonders benachteiligt. Aufgrund ihrer geringeren Kaufkraft trifft sie der (angesichts der Verknappung) zunehmende Preisdruck für Naturressourcen besonders stark.¹⁹ So haben sie am Ende einerseits die schlechteren Möglichkeiten, sich im positiven Sinne Umweltgüter zunutze zu machen, z. B. zur eigenen Mobilität. Steigende Mobilitätskosten können ihre Wege und Sozialkontakte signifikant einschränken.¹⁰

Sie haben andererseits auch die schlechteren Möglichkeiten, die (persönliche) Umweltbelastung durch Anpassungsleistungen zu reduzieren. Beispielsweise können sie es sich weniger als andere leisten, ihre Autos entsprechend der aktuellen Gesetzesinitiativen zur Reduzierung der Luftbelastung in Großstädten und Ballungsräumen auf umweltfreundliche Standards nachzurüsten oder ihren Kindern ein Leben in einer gesunden außerhäuslichen Umwelt zu ermöglichen.¹¹

Während diese Benachteiligungen sozial schwacher Schichten zunächst in der Logik des Marktes als Allokationsmechanismus angelegt zu sein scheinen, können sie vor allem aus zwei Gründen durchaus gerechtigkeitsrelevante Brisanz gewinnen.¹² Einerseits erscheinen sie besonders dann als problematisch, wenn Verteuerungen von Umweltgütern *umweltpolitisch verursacht* sind und damit einer gewollten, potenziell auch anders

¹⁹ Vgl. Institut für Energie und Umweltforschung/ Institut für sozial-ökologische Forschung, Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz, Heidelberg–Frankfurt/M. 2006.

¹⁰ Vgl. Konrad Götz, Jawohl, ich habe kein Auto, fertig, Schluss, in: Frankfurter Rundschau online, http://www.isoe.de/ftp/kog_FR_23_09_03.pdf (19. 3. 2007); Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006, Wiesbaden 2006, S. 121 ff.

¹¹ Vgl. Sachverständigenrat für Umweltfragen, Umwelt und Straßenverkehr: Hohe Mobilität – Umweltverträglicher Verkehr. Sondergutachten, Baden-Baden 2005, S. 49.

¹² Vgl. Stephan Elkins, Soziale Gerechtigkeit als umweltpolitisches Steuerungsproblem, in: Michael Corsen/Hartmut Rosa/Ralph Schrader (Hrsg.), Die Gerechtigkeit der Gesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 229–260.

möglichen Entscheidung unterliegen, die politisch zurechenbar und legitimationsbedürftig ist. Umweltgüter sind „öffentliche Güter“, deren Konsum damit nicht in die weitgehend an Leistungsgerechtigkeit orientierte Sphäre der Wirtschaft, sondern in die an Gleichheitsprinzipien orientierte Sphäre der Gesellschaft fällt. Zwar gibt es bei kollektiven Gütern *im Prinzip* keinen Nutzungsausschluss, *faktisch* aber ist der Zugang zu ihnen mit unterschiedlichen Opportunitätskosten verbunden (z.B. Reisekosten). Die Nutzung natürlicher Ressourcen kann auch mit umweltpolitisch begründeten Steuern oder Abgaben belegt werden. Wenn der Preis aus Umweltschutzgründen verteuert wird, können Ungleichheiten ungerecht erscheinen, die innerhalb der wirtschaftlichen Sphäre als weithin anerkannt gelten.

Das zweite Gerechtigkeitsproblem wird sichtbar, wenn sich der Blick auf die Bedeutung des (Umwelt-)Konsums in unserer Gesellschaft richtet: Jenseits seines rein ökonomischen Stellenwerts ist er auch im Kontext *sozialer Inklusion* zu verstehen. Denn der Zugang zu Konsumgütern steht sowohl in instrumenteller als auch in symbolischer Hinsicht wesentlich für Teilhabe- und Selbstverwirklichungschancen. Jemand, der sich z.B. ein umweltschonendes Fahrzeug nicht leisten kann und folglich gezwungen ist, seinen Verbrauch und Schadstoffausstoß durch veränderte Lebenspraktiken zu reduzieren, ist stärker in seinen Chancen eingeschränkt als jemand mit mehr Kaufkraft. Es kann so zu einer sozialen Exklusion wachsender Bevölkerungsteile aus den Standards kommen, die sich für das Leben hierzulande herausgebildet haben, wie z.B. eine gewisse räumliche Mobilität. Der Mobilitätsforscher Konrad Götz spricht in diesem Zusammenhang von einem „sozial erzwungenen Ausschluss“.¹³

Andererseits können jedoch auch rein materielle oder immaterielle Ungleichheiten nicht immer allein am sozialen Status festgemacht werden. Auch wenn vollkommen gleichartige ökonomische Lebensbedingungen bestehen, so die zentrale Erkenntnis der Milieu- und Lebensstilforschung, prägen Menschen häufig ganz unterschiedliche Lebensstile aus, beispielsweise aufgrund unterschiedlicher Wertorientierungen und Lebens-

ziele, ästhetischer Vorlieben oder Freizeitaktivitäten.¹⁴ So kann sich z.B. einerseits nur der, der Geld hat, ein großes Auto leisten. Andererseits leistet sich jedoch nicht jeder, der das Geld hat, ein großes, in der Regel stärker umweltbelastendes Auto. Die Benachteiligungslinien gehen also häufig quer durch alle Gesellschaftsschichten: Denn jeder – auch der umweltbewusste *freiwillige* Niedrigverbraucher – wird benachteiligt, wenn auch er die Folgen tragen muss, die durch den hohen Umweltkonsum anderer bzw. der Allgemeinheit entstehen. Letztlich geht mit jeder weiteren Verknappung der Umweltressourcen und Verschlechterung des Zustands der natürlichen Umwelt die Vielfalt und Qualität der Nutzungsmöglichkeiten zurück, welche die Umwelt den Menschen insgesamt bietet – Niedrigverbraucher eingeschlossen. Es kommt zu einer Zuspitzung von Umweltproblemen, welche die Anpassungs- und Behebungskosten am Ende für alle erhöht.

Entwicklungen

Grundsätzlich sind Wechselbeziehungen zwischen Sozialfaktoren und umweltbeeinflussten Erkrankungen oder Schäden kein neues Phänomen. Bereits im 19. Jahrhundert problematisierte die deutsche Sozialhygienebewegung den Einfluss von Wohn- und Arbeitsumwelt auf die Gesundheit der Menschen. Neu ist allerdings die zunehmende Komplexität dieses Zusammenhangs. Diese resultiert zum einen aus den oben beschriebenen neuen Ungleichheitslinien angesichts der zunehmenden Pluralisierung der Lebensstile. Sie wird zum anderen ausgelöst durch eine zunehmende Dichte an umweltpolitischen Regulierungen. Und schließlich werden schlechter wahrnehmbare Umweltprobleme, wie vor allem der Klimawandel, hinter den räumlich und zeitlich begrenzten Umweltproblemen im deutschen Kontext bislang noch wenig unter dem Aspekt der Gerechtigkeit betrachtet. Die voraussichtlichen Folgen des Klimawandels für jeden Einzelnen in seinem individuellen Lebenskontext sind bislang weder angemessen thematisiert noch annähernd geklärt worden. Wesentliche Voraussetzungen dafür, dass der Klimawandel Beeinträchtigungen auch hierzulande nach sich

¹³ K. Götz (Anm. 10).

¹⁴ Vgl. Jochen Kalka/Florian Allgayer (Hrsg.), Zielgruppen. Wie sie leben, was sie kaufen, woran sie glauben, Landsberg 2006.

ziehen wird, sind allerdings schon jetzt gegeben, wie der Nachweis neuer Krankheitsüberträger und -erreger zeigt,¹⁵ deren Verbreitung durch Klimaerwärmung begünstigt wird.

Der Einfluss subjektiver Wahrnehmung

Neben dem objektiven Ausmaß von Umwelteinflüssen kann auch ihre subjektive Bewertung für die Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensqualität des Einzelnen von Bedeutung sein. Identische objektive Bedingungen werden häufig ganz unterschiedlich bewertet. Im Allgemeinen ist die Unzufriedenheit mit dem Umweltzustand oder -schutz bei den Personen höher, die tatsächlich besonders stark von negativen Umwelteinflüssen beeinträchtigt sind, wie beispielsweise Großstädter.¹⁶ Jedoch haben auch mindestens zwei weitere Faktoren einen Einfluss, wobei hier noch weniger als auf realer Ebene einfache und eindimensionale Ableitungsbeziehungen auszumachen sind.

Einerseits tragen bestimmte soziale Merkmale der Menschen – wie Elternschaft oder ein stärkeres Umweltbewusstsein – dazu bei, dass sie sich stärker belastet fühlen oder stärker unzufrieden mit Umweltmaßnahmen sind.¹⁷ Andererseits hat auch die Art und Weise, wie Umweltprobleme und -maßnahmen kommuniziert werden, einen Einfluss. Sichtbar wurde dies besonders im Fall der so genannten Ökologischen Steuerreform: im Jahr 1999 eingeleitet, hat sie bis 2003 in fünf Schritten den Faktor Energie verteuert und den Faktor Arbeit verbilligt, mit dem Doppelziel, die Umwelt zu schonen und zugleich Arbeitsplätze zu schaffen. Obgleich der Steuer bislang keine weitreichenden, sozial ungerechten Folgen nachgewiesen wurden,¹⁸ hält

¹⁵ Vgl. Jörg Grunewald u. a., Mögliche Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Ausbreitung von primär humanmedizinisch relevanten Krankheitserregern über tierische Vektoren sowie auf die wichtigen Humanparasiten in Deutschland, Berlin 2003.

¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Anm. 10), S. 448 ff.

¹⁷ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Umweltbewusstsein in Deutschland 2006 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin 2006.

¹⁸ Vgl. Stefan Bach u. a., Modellgestützte Analyse der ökologischen Steuerreform mit LEAN, PANTA RHEI und dem Potsdamer Mikrosimulationsmodell, Berlin 2001; Markus Knigge/Benjamin Görlach, Die

sich in großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor der Eindruck, dass untere Einkommensgruppen, welche meist am stärksten von Umweltschäden betroffen sind, auch steuerlich ungleich stark belastet werden.¹⁹ Umgekehrt wurde die Eigenheimzulage, die unter dem Aspekt des Flächenverbrauches problematisch war und die gut verdienenden Schichten begünstigte, öffentlich nicht so kontrovers diskutiert wie die „Ökosteuer“.

Der gegenwärtige Diskurs in Deutschland

Diese gerechtigkeitsrelevanten Zusammenhänge werden bislang nur fragmentarisch und unsystematisch thematisiert. Die wesentlichen Impulse dazu kommen dabei nicht wie in den USA von einer Art neuen Environmental Justice-Bewegung „von unten“, sondern in erster Linie aus der Wissenschaft und der bestehenden Umweltbewegung. Begrifflich und auch konzeptionell nehmen diese Ansätze jedoch häufig Bezug auf Environmental Justice. Meist folgen sie dementsprechend bislang in erster Linie einer zweipoligen (Mensch-Mensch-bezogenen) Sicht, seltener einer dreipoligen (Mensch-Mensch-Natur-bezogenen) Sicht, die wie Ecological Justice auch die Natur als eigenständigen Gerechtigkeitsadressaten mit einbezieht. Die zweipoligen Ansätze übersetzen Environmental Justice meist in „Umweltgerechtigkeit“²⁰ oder „umweltbezogene Gerechtigkeit“,²¹ während die dreipoligen Ansätze von

Ökologische Steuerreform – Auswirkungen auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation, Berlin 2005.

¹⁹ Vgl. BMU (Anm. 17), S. 43; Eduard Interwies u. a., Ökosteuer – Stand der Diskussion und der Gesetzgebung in Deutschland, auf der EU-Ebene und in den anderen europäischen Staaten, Berlin 2002, S. 29.

²⁰ Gabriele Bolte, Soziale Lage und umweltbezogene Gesundheit: Umweltgerechtigkeit aus umwelt-epidemiologischer Sicht, in: Umwelt-Medizin-Gesellschaft, 19 (2006) 3, S. 181–186; Horst-Dietrich Elvers, Umweltgerechtigkeit als Forschungsparadigma der Soziologie, in: Soziologie, 36 (2007) 1, S. 21–44; Michael Kloepper, Umweltgerechtigkeit – Environmental Justice in der deutschen Rechtsordnung, Berlin 2006; Werner Maschewsky, Umweltgerechtigkeit – Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung, Berlin 2004.

²¹ Heike Köckler, Wer verbirgt sich hinter dem Schutzgut Mensch? Umweltbezogene Gerechtigkeit als eine Herausforderung für die UVP/SUP, 2006, in: http://www.usf.uni-kassel.de/cesr/index.php?option=com_remository&Itemid=141&func=fileinfo&cid=80 (17. 3. 2007).

„Ökologischer“ oder „Mittelwelt-Gerechtigkeit“ sprechen.¹²²

Zweipolige Umweltgerechtigkeit

Ähnlich wie in den USA wird umweltbezogene Gerechtigkeit auch hierzulande am häufigsten im Kontext von Umwelt und Gesundheit thematisiert. Denn vor allem hier sehen wissenschaftliche wie auch praktische Akteure eine Art Vorbild in der amerikanischen Debatte. „Umweltgerechtigkeit“ definieren sie hauptsächlich als Frage nach der sozialen Verteilung von gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen – festgemacht vor allem an der Sozialschicht, seltener auch an Lebenslage oder Milieu. Ziel ist vor allem die Verbesserung der empirischen Erfassung ungleich verteilter umweltbeeinflusster Krankheiten sowie die stärkere Integration des Themas in bestehende gesundheitspolitische Strukturen.¹²³

Auch in einzelnen Fachdiskursen jenseits des unmittelbaren Kontextes von Umwelt und Gesundheit ist umweltbezogene Gerechtigkeit ein Thema. Grundsätzlich wird sie dabei im Sinne der Verteilung von Umweltgütern und -belastungen verstanden. Allerdings wird sie hier stärker als gesellschaftlicher Interessenkonflikt und Aushandlungsprozess begriffen. So bemühen sich einige Forscher der umweltsoziologischen, räumlich-geographischen oder rechtswissenschaftlichen Umweltforschung besonders um die Erforschung und Gestaltung eines solchen Konfliktes.¹²⁴ Demgegenüber konzentriert sich der ethisch-normative Ansatz von Anton Leist auf die moralisch gebotenen Aspekte

von umweltbezogener Gerechtigkeit und ist um die Erarbeitung angemessener, an der Dichte der sozialen Beziehungen orientierter Normen bemüht.¹²⁵

Vereinzelt wird umweltbezogene Gerechtigkeit auch als mögliches Vehikel für eine breitere Akzeptanz von Umweltschutz thematisiert. Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit müssen nicht per se positiv zusammenhängen, ein Weniger an sozialer Gerechtigkeit lässt jedoch im Allgemeinen auch geringeren Spielraum für Umweltschutz. Charakteristisch für diese Perspektive ist vor allem, dass sie nicht allein die faktische Gestaltung eines sozial gerechten Umweltschutzes für bedeutsam erachtet, sondern auch, dass dies den Menschen vermittelt wird.¹²⁶

Dreipolige ökologische Gerechtigkeit

Ansätze, die umweltbezogene Gerechtigkeit nicht nur in Bezug auf Mensch-Mensch-Beziehungen, sondern auch auf Mensch-Natur-Beziehungen thematisieren, wenden sich weniger dem Verteilungsaspekt umweltbezogener Gerechtigkeit und stärker der allgemeinen Verursachung umweltbezogener Ungerechtigkeiten zu, von der Menschen und die kreatürliche Mittelwelt gleichermaßen betroffen sind. Hierzu zählen Ansätze aus dem kirchlichen Bereich, aus dem vor allem im Hinblick auf den Klimawandel immer häufiger Stellungnahmen auch im Umweltkontext zu verzeichnen sind. Die Natur zählt zumindest in neueren schöpfungstheoretischen Ansätzen als eigenständiger Adressat von Gerechtigkeitsüberlegungen dazu, weil neben der Würde des Menschen als Bild Gottes auch der (abgestufte) Eigenwert der Schöpfung von Bedeutung ist. Ökologische Gerechtigkeit ist hier im Kern eine Frage der „Schöpfungsverantwortung“.¹²⁷ Auch aus einer alternativen volkswirtschaftlichen Sicht wird weniger an den Auswirkungen und der Verteilung von Umweltbelastungen zwischen

¹²² Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit – Ein Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels, 2006, in: http://www.dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk1b.kommissionen/ko_29.pdf (17. 3. 2007); Gerhard Scherhorn/Michael Wehrspaun, Zum Konzept der Ökologischen Gerechtigkeit, 2006, in: <http://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/publikationen/oeg-konzept.pdf> (17. 3. 2007).

¹²³ Vgl. Anm. 7 und 8; sowie <http://www.apug.nrw.de/inhalte/umweltgerechtigkeit.htm> (17. 3. 2007).

¹²⁴ Vgl. H.-D. Elvers (Anm. 20); Michael Flitner, Umweltgerechtigkeit. Ein neuer Ansatz der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung, in: Peter Meusburger/Thomas Schwan (Hrsg.), Humanökologie. Ansätze zur Überwindung der Natur-Kultur-Dichotomie, Stuttgart 2003; M. Kloepper (Anm. 20).

¹²⁵ Vgl. Anton Leist, Ökologische Ethik II: Ökologische Gerechtigkeit: Global, intergenerationell und humanökologisch, in: Julian Nida-Rümelin (Hrsg.), Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung, Stuttgart 2005.

¹²⁶ Vgl. S. Elkins (Anm. 12); Michael Wehrspaun, Gesunder Wohlstand – Vom Postmaterialismus zur zukunftsfähigen Lebensqualität, in: Politische Ökologie, 94 (2005), S. 26–28.

¹²⁷ Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz (Anm. 22).

den Menschen angesetzt und stärker an der allgemeinen Verursachung. Jegliche Form der Externalisierung privater ökologischer (und sozialer) Kosten und Verantwortung läuft zu Lasten von Unbeteiligten – anderen Regionen, der natürlichen Mitwelt, künftigen Generationen – und sollte unterbunden werden. Denn das Unfaire an derartigen Auslagerungen ist hier nicht nur, dass die Wirkungen vielfach ungleich verteilt sind, sondern auch, dass der Allgemeinheit die Belastungen ungefragt aufgebürdet werden. Auch hier zielt ökologische Gerechtigkeit auf eine Art „Verantwortungsethik“, welche alle Mitglieder der Gesellschaft zur Achtung und Wahrung der gemeinschaftlichen Güter verpflichtet.²⁸

Schlussbemerkungen

Auch innerhalb Deutschlands ziehen Umweltprobleme und -schutzmaßnahmen sozial ungleiche Folgen nach sich – sowohl im Gesundheitsbereich als auch in anderen lebensweltlichen Bereichen (wie z. B. Mobilität und Energie). Dabei erweisen sich die Ungleichheitsmuster jedoch als hochgradig komplex und divergieren sowohl vertikal als auch horizontal. Die Ursachen der Ungerechtigkeiten sind einerseits strukturell begründet, liegen andererseits jedoch auch im Verhalten jedes Einzelnen. Erhöht wird diese Komplexität, wenn von einer zunehmenden Dichte umweltpolitischer Regulierungen ausgegangen wird und ferner auch weitläufige und diffuse Umweltprobleme stärker in die Gerechtigkeitsbetrachtungen mit einbezogen werden.

In der öffentlichen Debatte haben diese Zusammenhänge bislang allerdings kaum einen Stellenwert. Bis jetzt werden sie allein in einzelnen Fachdiskursen aufgegriffen, ohne die eigene Herangehensweise und ihre Konsequenzen zu reflektieren bzw. diese mit anderen Zugängen in Bezug zu setzen. Neben weiteren speziell auf Deutschland zugeschnittenen empirischen Daten bedarf es hier einer gründlicheren Reflexion. Nur so kann ein wirksamer Beitrag dazu geleistet werden, dass der zunehmende ökologische Problemdruck in Deutschland nicht zugleich auch den sozialen Druck weiter erhöht.

²⁸ Vgl. G. Scherhorn/M. Wehrspau (Anm. 22).